



Beschlussbuch

Landesmitgliederversammlung Bremen 21. April 2012

Gewerkschaftshaus,
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

Landesmitgliederversammlung Bremen

21. April 2012

Beschlüsse und Überweisungen

- A1 Arbeitsprogramm 2012/13
- A2 Sozialdemokratische Kinderbetreuungspolitik für Bremen
- A3 Rechtsradikalismus konsequent bekämpfen – nein zur selektiven Parteienfinanzierung
- A4 Leistungsschutzrecht verhindern
- A5 Für einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk – auch im Netz
- A6 Tierverbrauchsfreies Studium
- I1 Weltbühne
- I2 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

1
2 **Unser Anspruch: Solidarität! - Echte Teilhabe und Demokratie**
3 **für die Menschen in Bremen und Bremerhaven**
4

5 Arbeitsprogramm der Juso-Landesorganisation Bremen 2012/2013
6
7

8 **1. Einleitung**
9

10 Im Zeitraum dieses Arbeitsprogramms werden die organisierte ArbeiterInnenbewegung in Deutschland und ihre Forderungen - Freiheit, Gerechtigkeit
11 und Solidarität - 150 Jahre alt. An Bedeutung verloren haben sie nicht. Im
12 Gegenteil: Vieles von dem, was erreicht worden ist, stand in den vergange-
13 nen Jahren unter den Vorzeichen des Neoliberalismus immer stärker zur Dis-
14 kussion, zur Einschränkung und zur Abschaffung. Auch in Bremen und Bre-
15 merhaven hat die Entwicklung längst nicht immer den linken Weg einge-
16 schlagen. Die gravierende soziale Spaltung unserer Städte, die bestehende
17 Chancenungleichheit, die Stellung des Landes Bremen als Hochburg prekärer
18 Beschäftigung - sie sind nur ein Teil der Ausgangslage, in der sich die Men-
19 schen in Bremen und Bremerhaven befinden. Erst seit kurzem stehen bitter
20 notwendige Maßnahmen wie Abschaffung des gegliederten Schulsystems,
21 Rekommunalisierungen und Mittelschwerpunkte bei sozialen Fragen wieder
22 auf der Agenda.
23

24
25 Diesen fortschrittlicheren Kurs innerhalb und außerhalb der SPD fortzuführen
26 und zu intensivieren machen wir Jusos zu unserer Aufgabe. Dafür werden wir
27 unter dem Vorzeichen einer immer drückenderen Haushaltsnotlage, die den
28 Spielraum demokratischer Entscheidungen verringert, ohne Zweifel viel
29 Durchhaltevermögen und Konsequenz benötigen. Jedoch kennen wir unsere
30 Anknüpfungspunkte. Für uns steht fest: Die neoliberale Bundesregierung
31 muss abgewählt und ihre fürchterlichen Fehlentscheidungen - neben vielem
32 anderen in der Steuer-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik - müssen korrigiert
33 werden. Wir Jusos müssen in unserer Partei dafür Druck machen, dass es
34 2013 auf Bundesebene nicht nur zu einem Regierungs-, sondern auch zu ei-
35 nem Politikwechsel kommt! Nur unter besseren Rahmenbedingungen können
36 wir auch Politik im Land Bremen erfolgreich von links begleiten: Bremen darf
37 es sich nicht länger leisten, seine eigenständigen Einnahmemöglichkeiten
38 nicht konsequent auszuschöpfen. Dort, wo über knappe Mittel dennoch ge-
39 stritten werden muss, wollen wir für eine klare Verteilung unter solidari-
40 schen Gesichtspunkten eintreten. Die SPD muss konsequent Profil für soziale
41 Gerechtigkeit zeigen.
42

43 Mit dem vorliegenden Arbeitsprogramm zeigen wir auf, welche konkreten
44 Forderungen, Handlungsfelder und Fragestellungen für uns Jusos auf diesem
45 Weg von besonderer Bedeutung sind, wie wir sie gemeinsam effektiv voran-
46 bringen und die Verankerung der Jusos als *die* junge, progressive Kraft in
47 Bremen und Bremerhaven stärken wollen.
48
49
50

2. Inhaltliche Schwerpunkte

Teilhabe für Alle

○ Bildung

Im Bereich der Bildungspolitik ist es wichtig, dass wir den Schulkonsens weiter kritisch begleiten und „Eine Schule für Alle“ als oberstes Ziel weiterverfolgen. Zentral dabei ist, dass wir uns intensiv mit der Thematik der Inklusion auseinandersetzen und gerade die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen beobachten.

In Bezug auf die Hochschule und Schule wollen wir prüfen, inwiefern Bremen private Träger aus öffentlichen Geldern fördert und somit soziale Spaltung weiter vorantreibt. Die Gründung von Privatschulen soll eingedämmt werden. Für uns ist es ein politisches Ziel, dass es möglichst nur noch staatliche Hochschulen und Schulen geben soll. Nur so sehen wir Chancengleichheit gewährleistet. Dies würde eine gerechte Teilhabe am Bildungssektor bedeuten und soziale Separation vermeiden.

Jeder und jedem sollte die Chance gegeben werden, zu studieren. Dafür brauchen wir ein BAföG, das unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und von familiären Verhältnissen berechnet wird. Es darf nicht sein, dass Studierende nach dem Studium noch Jahre lang Schulden abbezahlen müssen. Auch muss das BAföG von der Regelstudienzeit abgekoppelt werden. Die Regelstudienzeit sagt aus, in wie vielen Semestern ein Studium absolvierbar ist, das BAföG legt aber fest, dass das Studium in dieser Zeit beendet sein muss. Wir brauchen ein BAföG, welches mehr Flexibilität innerhalb des Studiums, z.B. beim Wechseln von Studienfächern oder einer Verlängerung des Studiums, ermöglicht. Ein Übergang hin zu einem elternunabhängigen und flexibleren BAföG kann zumindest in Teilen durch eine Streichung des ‚Nationalen Stipendienprogramms‘ und der geplanten erneuten Büchergelderhöhung für StipendiatInnen finanziert werden. Dafür wollen wir uns nach der Erarbeitung einer Positionierung mit den Unterbezirken im Bundesverband einsetzen.

○ Kinderbetreuung

Der Ausbau der professionellen Kinderbetreuung ist gesellschaftlich im Aufwind. Erledigt hat sich das Politikfeld damit aber keineswegs, denn die Präferenzen der verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft unterscheiden sich stark. Gute Kinderbetreuungspolitik bietet hohes Potential zur Verwirklichung sozialdemokratischer Grundwerte, von Chancengleichheit und Integration über ‚Gute Arbeit‘ hin zur Gleichstellung der Geschlechter. Dafür bedarf es eines intensiveren Ausbaus, für den, insbesondere durch Verzicht auf unsinnige Geldleistungen wie das Betreuungsgeld, die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Aber auch qualitative Maßnahmen wie der gezielte Einsatz der öffentlichen Träger sind notwendig. Ein umfassendes Konzept zum Thema wollen wir in die SPD einbringen und dort breit diskutieren sowie durch geeignete Maßnahmen in die Öffentlichkeit tragen.

○ Öffentlicher Personennahverkehr

Das StadtTicket Bremen bietet für die Ermöglichung von Mobilität eine gute Grundlage, da es sozial Benachteiligten die vergünstigte Nutzung des Öffent-

102 lichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und damit gesellschaftliche Teilhabe
103 ermöglicht. Der Erhalt des Tickets und die von der Bürgerschaft Ende 2011
104 an den Senat gerichteten Prüfaufträge zur Optimierung des Tickets sind als
105 erster kleiner Erfolg zu werten. Der Landesvorstand wird die Entwicklung des
106 StadtTickets gemeinsam mit den Unterbezirken weiterverfolgen und auf wei-
107 tere Verbesserungsmöglichkeiten des Tickets aufmerksam machen. Uns geht
108 es darum, zum einen ein diskriminierungsfreies Ticketdesign umzusetzen und
109 das Preisniveau weiter zu senken. Zum anderen ist unser Ziel, das Ticket auf
110 das VBN-Gebiet und das gesamte Land Bremen auszuweiten. Dabei ist der
111 erste Schritt die Schaffung eines einheitlichen Tarifgebietes in Bremen. Ge-
112 meinsam wollen wir ein Konzept entwickeln, das auf lange Sicht die Option
113 eines kostenlosen ÖPNV vorsieht.

114

115 ○ Arbeit

116 Arbeit ist immer schon das Hauptthemenfeld unserer Partei gewesen. Des-
117 halb müssen auch wir Jusos auf diesem Gebiet klares Profil zeigen und be-
118 ständiger Ansprechpartner für die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen sein.
119 Die Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, geringfügiger
120 und befristeter Beschäftigung in allen Sektoren vom Dienstleistungssektor
121 über die Industrie bis hin zur Wissenschaft sehen wir dabei als zentrales
122 Handlungsfeld. Ihre Auswirkungen, z.B. auf die Gender Pay Gap, aber auch
123 auf die Alterssicherung, stehen im Gegensatz zu unserer Forderung nach
124 gerechtem Lohn für gute Arbeit, unabhängig von Geschlecht und erlerntem
125 Beruf. Im Bereich der Rente wollen wir die Positionsentwicklung im Bundes-
126 verband und der Partei kritisch begleiten und zusätzlich zur Aussetzung der
127 Rente mit 67 eine Stärkung der gesetzlichen Rente mit dem Ziel einer be-
128 darfsdeckenden Alterssicherung durchsetzen. Um die Debatte um prekäre
129 Beschäftigung in Bremen insgesamt voranzubringen, wollen wir zunächst ein
130 Konzept zur Bekämpfung des zunehmenden Missbrauchs von Werkverträgen,
131 gemeinsam mit u.a. Betriebsräten sowie Jugend- und Auszubildendenver-
132 tretungen, erarbeiten.

133 Gute Arbeit benötigt auch gute Qualifizierung. Eine Ausbildung zu bekom-
134 men ist aber trotz zurzeit positiver Statistiken noch immer nicht selbstver-
135 ständlich. Arbeitgeber entziehen sich ihrer Pflicht zur Ausbildung, nur um
136 sich später zu wundern, dass die Fachkräfte fehlen. Eine Ausbildungs-
137 platzumlage ist der richtige Weg, um junge Menschen hochwertig zu qualifi-
138 zieren und die Fachkräfte von morgen, wenn nicht im eigenen Betrieb, so
139 doch in einem anderen auszubilden. Um jungen Menschen verlässliche Zu-
140 kunftsperspektiven zu bieten und Fachkräfte von morgen gezielt zu binden
141 und weiterzubilden, muss die Übernahme nach der Ausbildung selbstver-
142 ständlich werden. Für diese Ziele wollen wir uns im Rahmen der Möglichkei-
143 ten im Land durch die Unterstützung der Gewerkschaftsjugend, durch
144 spezifischen Druck bei landespolitischen Diskussionen (z.B. im Bereich des
145 öffentlichen Dienstes oder der Wirtschaftsförderung) und die Mitwirkung bei
146 Kampagnen für bundespolitische Maßnahmen stark machen.

147

148 ○ Asyl- und Flüchtlingspolitik

149 Als Landesorganisation wollen wir auf die Missstände in der Asylpolitik auf-
150 merksam machen. Die Ausdehnung der Residenzpflicht auf Bremen und Nie-
151 dersachsen ist ein Anfang, aber um ein menschenwürdiges Leben für alle
152 Flüchtlinge zu erreichen, muss noch viel getan werden. Die Residenzpflicht

153 sollte bundesweit abgeschafft werden, für gleiche politische Teilhabe sollte
154 das Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen gelten, unabhän-
155 dig von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus. Wir wollen die Konsequen-
156 zen der verschiedenen Aufenthaltstitel, gerade auch für Kinder, analysieren
157 und daraus politische Lehren ziehen. Kettenduldungen müssen auf jeden Fall
158 verhindert werden. Des Weiteren wollen wir die Leistungen des Asylbewer-
159 berleistungsgesetz und dessen Ausgestaltung in Bremen überprüfen. Wichtig
160 hierbei ist die verbandsübergreifende Bündnisarbeit und gerade die Kommu-
161 nikation mit Betroffenenorganisationen.

162

163 Gleichstellung

164

165 ○ Feminismus, Frauenstruktur

166 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und wir wollen alte Ge-
167 schlechterbilder und stereotypische Rollenverteilung überwinden. Gleich-
168 stellung aller Menschen jeglichen Geschlechts und jeglicher sexueller Orien-
169 tierung ist deswegen ein wichtiges politisches Ziel. Daher wollen wir uns mit
170 neuen feministischen Ansätzen auseinandersetzen und diese aktiv in den
171 Verband hineintragen.

172 Für viele Frauen ist es besonders wichtig, dass sogenannte Schutzräume ge-
173 schaffen werden, damit Frauen eigene politische Positionen erarbeiten kön-
174 nen. Hierzu wollen wir ein Frauennetzwerk etablieren, welches sich an dem
175 Konzept eines Frauensalons orientiert. Es soll überlegt werden, inwieweit
176 um Frauen, die nicht Juso-Mitglieder sind, für das Netzwerk explizit gewor-
177 ben werden soll.

178

179 ○ Menschen mit Handicap

180 In den nächsten zwei Jahren werden wir uns in der Landesorganisation mit
181 den Problemen von Menschen mit Handicap auseinandersetzen. Wir betrach-
182 ten hierbei Themen wie Barrierefreiheit, Engagementmöglichkeiten und Ein-
183 schränkungen durch chronische Krankheiten in der Lebensplanung. Besonders
184 wichtig ist hier der Austausch mit Betroffenen, da wir nur so einen Blick da-
185 für bekommen können, was wirklich benötigt wird. Hier könnte ein Aus-
186 tausch mit „Selbstbestimmt leben e.V.“ gewinnbringende Einblicke und An-
187 stöße für Projekte bringen.

188

189 Wirtschaft

190

191 Wirtschaftspolitik gehört zu den zentralen Bereichen sozialistischer Politik
192 und wird im jungsozialistischen Kontext leider oft nachrangig behandelt. Die
193 Erfahrung aus der Mitgliederarbeit hat jedoch gezeigt, dass dieses Thema
194 nicht bei allen auf Interesse stößt und dazu eine sehr intensive Auseinander-
195 setzung benötigt, sowohl mit Theorien als auch mit Zahlen und Fakten.

196 Die Landesorganisation nimmt sich deswegen zweier Aufgaben an. Erstens
197 soll ein für alle Jusos und generell Interessierte offener Arbeitskreis Wirt-
198 schaft initiiert werden, in welchem wirtschaftspolitische Themen unter sozi-
199 alistischer Perspektive beleuchtet werden. Da die Grenzen zu den Themen-
200 bereichen Arbeit und Ausbildung hier nicht immer klar gezogen werden kön-
201 nen, soll es auch möglich sein, bei Bedarf solche Themen zu bearbeiten.

202 Die zweite Aufgabe ist die Erstellung eines Readers über die Grundlagen so-
203 zialistischer Wirtschaftspolitik. Erste Strukturierungsvorschläge wurden be-

204 reits erarbeitet und sollen hier fortgeführt werden. Sinn und Zweck eines
205 solchen öffentlich zugänglichen Readers soll es sein, mehr Menschen (gerade
206 auch unter uns Jusos) für sozialistische Wirtschaftspolitik zu begeistern, sie
207 über konkrete Konzepte einer solchen zu informieren und hierüber fundierte
208 Debatten auf den Mitgliederversammlungen der Unterbezirke zu ermögli-
209 chen.

210 Insgesamt soll es Ziel sein, möglichst viele von uns Jusos auch bei komplexe-
211 ren wirtschaftspolitischen Themen sprechfähig zu machen. Dadurch soll ein
212 Beitrag dazu geleistet werden, der SPD wieder ein sozialistischeres Profil zu
213 geben.

214

215 Demokratie

216

217 ○ Rechtsradikalismus bekämpfen

218 Als sozialistischer Jugendverband lehnen wir Faschismus, Antisemitismus und
219 Rechtsradikalismus jeglichen Ausmaßes auf entschiedene Weise ab! Für het-
220 zende und menschenverachtende Propaganda gibt es in keinem Land einen
221 Platz! Deswegen fordern wir ein NPD-Verbot. Des Weiteren wollen wir vor
222 allen Dingen präventive Aufklärungsarbeit betreiben, um über rechtes Ge-
223 dankengut und Strukturen aufzuklären und sie zu bekämpfen. Hierzu wollen
224 wir Veranstaltungen in Kooperation mit allen drei Unterbezirken organisie-
225 ren. Zudem wollen wir zukünftig in Zusammenarbeit mit dem Innenressort
226 Veranstaltungen der rechtsradikalen Szene in Bremen von vornherein verhin-
227 dern. Dies gilt unter anderem für die rechte Musikszene, die in der vergan-
228 genen Zeit sehr aktiv war und erschreckend großen Zulauf hatte.

229

230 ○ Netzpolitik

231 Die Netzpolitik hat längst eine gleichrangige Bedeutung mit anderen politi-
232 schen Arbeitsfeldern erlangt. Eine klare Positionierung steht aber bei uns
233 Jusos in vielen Fragen noch ebenso aus wie in der SPD. Unser Ziel ist daher
234 die gemeinsame Erarbeitung eines Positionspapiers, das sich nicht auf die
235 Kritik netzpolitischer Fehlentwicklungen wie der Vorratsdatenspeicherung
236 oder dem Anti-Produktpiraterie-Abkommen ACTA beschränkt, sondern zu-
237 kunftsweisende Konzepte entwickelt. Dabei geht es vor allem um eine zeit-
238 gemäße Adaption des Urheberrechts an die Bedingungen des Internetzeital-
239 ters, insbesondere auch mit Hinblick auf Wissenschaft und Lehre. Konzepte
240 wie „Open Data“ und „Open Access“, die auf die freie Verbreitung von In-
241 formation abzielen, wollen wir dabei unterstützen.

242 Auch die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internetzeitalter ist
243 nur unzureichend geklärt. Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk-
244 anstalten die Erfüllung ihres Informations- und Bildungsauftrags auch im
245 Netz ermöglichen und setzen uns für ihre Unabhängigkeit von politischem
246 Einfluss, Quotendruck und Marktdenken ein. Darüber hinaus werden wir die
247 Frage diskutieren, wie sich das Konzept öffentlich-rechtlicher Information
248 auf das Internet übertragen lässt.

249 Wesentliches Ziel sozialistischer Politik muss es sein, alle Menschen - unab-
250 hängig von Wohnort, Bildungsstand und sozialer Situation - zur gleichberech-
251 tigten Teilhabe auch im Netz zu befähigen. Wichtige Aspekte sind dabei die
252 Barrierefreiheit von Onlineangeboten und die Netzneutralität, also die wert-
253 neutrale Datenübertragung.

254

255 Umwelt

256

257 Wir Jusos sind ein solidarischer und ökologischer Verband. Wir wollen unsere
258 natürlichen Lebensgrundlagen und unser Klima durch eine moderne Umwelt-
259 politik schonen. In diesem Kontext setzen wir uns konsequent und leiden-
260 schaftlich für eine klimafreundliche, umweltverträgliche, ressourcenscho-
261 nende und nachhaltige Energiepolitik ein, die auf erneuerbare Energien statt
262 auf rückwärtsgewandte Energiekonzepte setzt. Wir glauben nicht an die All-
263 macht der freien Wirtschaft, sondern sind der Überzeugung, dass ökologi-
264 sche Regeln nötig sind, um uns und unseren Kindern eine lebenswerte Welt
265 zu hinterlassen. Gleichzeitig wollen wir Jusos *alle* Menschen - unabhängig
266 vom Geldbeutel - in eine ökologische Zukunft mitnehmen. Im Rahmen unse-
267 rer Möglichkeiten werden wir daher die Bremer SPD konsequent zu umwelt-
268 politisch progressiver Politik drängen, um für die anstehenden umweltpoliti-
269 schen Herausforderungen weitaus besser gerüstet zu sein als bislang. Dazu
270 gehören für uns Akzente hier in Bremen (Umweltzone, Klimaschutzkonzept),
271 aber auch Impulse für die energiepolitische Entwicklung auf Bundesebene
272 (Energiewende).

273

274 Wissenschaft

275

276 Wissenschaft ist frei, aber nicht ohne Verantwortung - im Gegenteil, sie ar-
277 beitet für den Fortschritt der Gesellschaft und ihrer Grundwerte. Wir begrü-
278 ßen daher die Einführung von Zivilklauseln, die bedeuten, dass an der Hoch-
279 schule explizit keine Rüstungsforschung stattfindet, dass sich die Hochschule
280 nicht an Wissenschaft mit militärischem Ziel bzw. Nutzen beteiligen und dass
281 keine Kooperation mit Rüstungsunternehmen eingegangen wird. Diese Klau-
282 seln sollten nicht nur als Selbstverpflichtung von jeder einzelnen Hochschule
283 vereinbart werden, unser Ziel ist die Festschreibung der Zivilklausel im Bre-
284 mischen Hochschulgesetz. Dies dient vor allem dazu, dass eine solch wichti-
285 ge Klausel nicht einfach ignoriert werden kann, MitarbeiterInnen effektiv vor
286 gegenläufigen Dienstanweisungen ihrer ProfessorInnen geschützt werden und
287 dass sich alle Hochschulen im Land Bremen an zivile und friedliche Grund-
288 sätze halten müssen.

289

290 Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht etwa durch Verantwortung vor
291 der Gesellschaft, sondern durch strukturelle Unterfinanzierung bedroht. Um
292 zu verhindern, dass aufgrund der prekären Haushaltlage eines Landes wie in
293 Bremen auf private Drittmittel und Stiftungsprofessuren zurückgegriffen
294 wird, fordern wir die Aufhebung des Kooperationsverbotes, ein bundesweites
295 Verteilungssystem für Hochschulgelder, das sich im Bereich der Lehre an der
296 Zahl der Studierenden orientiert, und eine unterstützende Finanzierung der
297 Bildung vom Bund. Außerdem lehnen wir die Finanzierung von privaten
298 Hochschulen durch öffentliche Gelder ab. Öffentliche Gelder sollten erst
299 dann fließen, wenn Auswahl- und Bewerbungsverfahren transparent gemacht
300 und die Hochschulgesetze auch von ihnen eingehalten werden. Dazu zählt
301 auch die demokratische Struktur von Hochschulen, die auch an den staatli-
302 chen Hochschulen reformiert werden muss. Landespolitischen Spielraum für
303 gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulmitglieder wollen wir kon-
304 sequent nutzen.

305 Den Prozess zur Gestaltung einer neuen Wissenschaftsplanung 2020 im Land
306 Bremen wollen wir als Landesverband kritisch und konstruktiv begleiten.

307

308 Internationales und Europa

309

310 Wir Jusos verstehen uns als internationalistischer Richtungsverband. Um die-
311 sem Verständnis gerecht zu werden, wollen wir die internationale Arbeit, die
312 wir in den letzten Jahren begonnen haben, weiterführen und ausbauen. Es
313 ist für uns wichtig, dass wir diese Arbeit und die Diskussionen weiter in den
314 Verband hineinbringen und beispielsweise durch Seminare oder Bildungsreisen
315 fördern. Wir begrüßen daher auch ausdrücklich Ideen und Vorschläge für
316 weitere Aktionen.

317 Ein Schwerpunkt der internationalen Arbeit wird es sein, die Arbeit im The-
318 menbereich Nahost/Israel, die wir durch eine erfolgreiche Bildungsreise zu-
319 sammen mit den Jusos NRW und den Jusos Braunschweig bereits begonnen
320 haben, fortzuführen und zu intensivieren. Um dies zu erreichen, planen wir
321 weitere Veranstaltungen zum Thema und einen Gegenbesuch unserer israeli-
322 schen und palästinensischen Partnerorganisationen.

323 Zu unserer Arbeit im trans- und internationalen Kontext gehört auch, eine
324 Informationsschnittstelle für die Vorstände und Mitglieder in den Unterbezir-
325 ken darzustellen. Dazu zählt neben der Informationsweitergabe über aktuel-
326 le Projekte und Themen der internationalen Arbeit der Jusos auch die inten-
327 sive Bewerbung der Summer Camps unseres europäischen und internationa-
328 len Dachverbandes.

329

330 Europa und seine Rechtssetzung gewinnen immer mehr Bedeutung in der
331 Politik und in unserem Leben. Mit unserem Verständnis von Demokratie steht
332 die Entstehung dieser Normen nicht im Einklang, da sie wie viele weitere
333 Themen ohne öffentliche Wahrnehmung von der Europäischen Union disku-
334 tiert und beschlossen werden. Für eine echte Demokratie ist das Europäische
335 Parlament an diesen Entscheidungen und Rechtssetzungen besser zu betei-
336 ligen sowie exekutive Vorherrschaft zu verringern.

337 Die Finanz- und Eurokrise hat verdeutlicht, welche Ziele die Europäische
338 Union bislang wirklich verfolgt - eine Deregulierungspolitik für die Wirt-
339 schaft. Die Zielsetzung eines sozialen Europas ist dabei untergegangen. Das
340 müssen wir verändern! Denn Europa darf nicht zur Lobby der Wirtschaft
341 werden, sondern muss - gerade in der Krise - für die Menschen da sein. Die
342 Europäische Union muss eine solidarische und soziale Politik für Alle ma-
343 chen! Die Ideen für ein demokratisches und sozialeres Europa betreffen auch
344 uns im Land Bremen. Daher werden wir Jusos uns verstärkt mit der Frage
345 eines sozialen Europas befassen. Dabei werden wir auch das ECOSY-Netzwerk
346 nutzen und die Beziehungen zu unserem europäischen Dachverband verstär-
347 ken, um einen europapolitischen Austausch etablieren zu können. Darüber
348 hinaus wollen wir die in naher Zukunft möglichen Reformen der Arbeitswei-
349 sen der ECOSY prüfen und begleiten. Leider ist der jungsozialistische Dach-
350 verband auf europäischer Ebene zur Zeit eher passiv tätig und arbeitet nur
351 mit einem sehr stringenten Landesdelegiertenprinzip. Die Möglichkeiten da-
352 zu, die Strukturen zu Gunsten der Schaffung breiterer Partizipationsmöglich-
353 keiten aufzubrechen, müssen intensiv diskutiert werden, um mögliche Pro-
354 zesse auch über bundespolitische Gremien anzustoßen.

355

356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406

3. Organisation

Bündnisarbeit und Arbeit in der SPD

Wir Jusos haben klare politische Ansprüche: wir wollen eine solidarische Gesellschaft und teilen dies mit der SPD. Deshalb ist sie unsere Partei. Aber wir sind nicht ihre unkritische Jubeltruppe. Linke Positionen sind das Ergebnis von konsequenter politischer Arbeit. Die müssen wir Jusos leisten und für unsere Überzeugungen innerhalb der SPD streiten. Wo die SPD gerecht handelt, werden wir dies unterstützen und die Sozialdemokratie jederzeit gegen ungerechtfertigte Kritik verteidigen. Wo nicht, können wir aber auch un bequem werden. Als kritisch-solidarische Parteijugend wollen wir aktiv die politische Entwicklung in Bremen begleiten und in und mit der SPD für unseren, für den solidarischen, Weg kämpfen.

Gleichzeitig begreifen wir Jusos uns als Teil der fortschrittlich orientierten gesellschaftlichen Gruppen, auch außerhalb der SPD. Wo gemeinsame Interessen liegen, wollen wir das Bündnis und den Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Schul- und Hochschulvertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Betriebsräten, Jugendverbänden und auch mit anderen Parteijugendorganisationen suchen.

Öffentlichkeitsarbeit

○ Neue Mitglieder für die Jusos

Unser Anspruch ist es, die demografischen Verhältnisse hinsichtlich Geschlecht, Ausbildung, Migrationshintergrund und sozialer Herkunft innerhalb unseres Verbandes abzubilden und junge Menschen aller Gesellschaftsschichten in die politische Arbeit einzubinden.

Eines unserer Ziele muss es daher auch sein, dass in Zukunft noch mehr SchülerInnen, aber auch Auszubildende, ArbeitnehmerInnen und Jugendliche mit Migrationshintergrund den Weg zu uns finden und unsere Mitgliederstruktur stärken, indem sie aktiv mitwirken. Diese Zielgruppen müssen wir gezielter ansprechen und einbinden.

Um ein verlässliches, zielgruppenorientiertes Konzept für den Gewinn neuer Mitglieder zu entwickeln, sind alle Juso-Unterbezirke gefragt: Es gilt, durch den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen unsere Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam weiterzuentwickeln. Der Juso-Landesvorstand macht es sich zur Aufgabe, unter Einbindung der Unterbezirke ein solches Konzept zur Neumitgliederwerbung zu erarbeiten und dabei neben den neuen Medien auf punktuelle öffentlichkeitswirksame Aktionen, Veranstaltungen und Seminare zu setzen.

Unsere Außenwirkung soll durch regelmäßige Evaluation und den ständigen Austausch mit den Unterbezirken kontinuierlich verbessert werden. Zu diesem Zweck werden wir auch eine Mitgliederbefragung initiieren, um bei der zeitlichen, inhaltlichen und formalen Gestaltung von Veranstaltungen besser auf die Bedürfnisse unserer Mitglieder - besonders bisher inaktiver - eingehen zu können und die Gründe fehlender Aktivität zu erfassen.

407 ○ Online-Auftritte
408 Unser Auftritt im Internet, auf unserer Website und in sozialen Netzwerken
409 wie Facebook und Twitter, dient sowohl als Informationsplattform nach in-
410 nen wie als Podium nach außen, auf dem in übersichtlicher Weise unsere
411 aktuelle Entwicklungen, politischen Aktivitäten und Positionen dargestellt
412 und Nichtmitglieder zum Mitmachen eingeladen werden sollen. Um dies zu
413 erreichen, darf unser Auftritt nicht der Logik parteiinterner Gliederungen
414 folgen. Er muss vielmehr auf kurzem und leicht nachvollziehbarem Weg zur
415 gewünschten Information führen.
416 Wesentlich für die Attraktivität unserer Außendarstellung ist die Aktualität.
417 Besonders Termine müssen jederzeit auf aktuellstem Stand und vollständig
418 sein. Unsere Beschlüsse und Anträge sollen veröffentlicht und der weitere
419 Umgang mit ihnen transparent dargestellt werden.
420 Für die Verbesserung unserer Kommunikation im Netz wollen wir gemeinsam
421 mit den Unterbezirken eine für alle Mitglieder offene Arbeitsgruppe ansto-
422 ßen, die dazu ein Konzept entwickelt und umsetzt. Ziel sollte die Zusam-
423 menlegung der Internetauftritte aller Juso-Gliederungen im Land Bremen zu
424 einem gemeinsamen Auftritt sein, der den Unterbezirken ausreichenden
425 Spielraum lässt, die sie betreffenden Bereiche zu gestalten.

426
427 ○ MorgenRot
428 Das Verbandsmagazin „MorgenRot“ informiert seit einem halben Jahr umfas-
429 send über die Arbeit von uns Jusos im Land Bremen. Die erfolgreiche Arbeit
430 soll fortgesetzt und „MorgenRot“ qualitativ weiterentwickelt werden. Neben
431 der kompakten, juso-internen Informationsquelle soll „MorgenRot“ dabei ein
432 Magazin für politische Bildung und eine Meinungsplattform für die Mitglieder
433 sein. Um die knappen personellen Ressourcen in unserer kleinen Landesor-
434 ganisation effizient nutzen zu können, muss eine enge Abstimmung mit der
435 Öffentlichkeitsarbeit im Internet erfolgen. Die Aktualität des einen Mediums
436 darf nicht auf Kosten der Aktualität eines anderen Mediums gehen.

437 438 Teilstrukturen

439
440 ○ SchülerInnen
441 Wir wollen eine Juso-SchülerInnen-Gruppe (JSG) auf Landesebene in Bremen
442 in naher Zukunft ermöglichen, denn eine JSG auf Landesebene ist Vorrauset-
443 zung dafür, dass die SchülerInnengruppe auf Bundesebene an Kongressen
444 teilnehmen kann. Die Gründung der JSG auf Landesebene soll zur Vernetzung
445 von Bremer SchülerInnen beitragen und dadurch die SchülerInnen-Arbeit in
446 Bremen verbessern.
447 Des Weiteren wird die SchülerInnengruppe unter anderem Seminare speziell
448 für SchülerInnen aus Bremen und dem Umland veranstalten, wo bspw. über
449 Bildungssysteme und Jugendbeteiligung diskutiert wird. Dadurch soll die von
450 uns unterstützte JSG das politische Engagement von SchülerInnen auf Landes-
451 ebene bestärken.

452
453 ○ Hochschulgruppe / Bündnisliste
454 Im Land Bremen gibt es zurzeit eine Juso-Hochschulgruppe (HS Bremen),
455 sowie eine als Juso-Hochschulgruppe anerkannte linke Bündnisliste (AStA für
456 Alle - Uni Bremen). Diese Strukturen wollen wir von der Landesorganisation

457 auch weiterhin unterstützen, weswegen wir die Etablierung eines Arbeits-
458 kreises für Hochschulpolitik als Landeskoordination anstreben.
459 Innerhalb der Juso-Hochschulgruppen nehmen die Landeskoordinationen ei-
460 nen festen Stellenwert ein. Sie sind Ansprechpartner bei strukturellen Prob-
461 lemen, bieten Hilfeleistung in Wahlkämpfen an den Hochschulen und ge-
462 währleisten die Kommunikation mit der Bundesebene. Die Wahrnehmung der
463 Bremer Hochschulgruppen auf Bundesebene hat sich in letzter Zeit bereits
464 deutlich gebessert, woran es anzuknüpfen gilt. Der Name Landeskoordinati-
465 on erweist sich jedoch für den Bremer Fall als unpassend, da es ein sehr fes-
466 ter Begriff ist, welcher die Bündnisliste an der Uni Bremen letztendlich als
467 eine reine Juso-Hochschulgruppe "brandmarken" könnte, obwohl diese stets
468 ihre politische Heterogenität und Offenheit betont hat. Stattdessen soll ein
469 Arbeitskreis für Hochschulpolitik gebildet werden, der auf der einen Seite
470 die Aufgaben einer Landeskoordination übernimmt, auf der anderen Seite
471 sich vom Selbstverständnis her als Anlaufpunkt für alle Studierenden inner-
472 halb der Jusos Bremen versteht. Dadurch hätten auch Jusos von Hochschulen
473 ohne Hochschulgruppe im Lande Bremen (wie bspw. Hochschule für Künste,
474 Jacobs University, Hochschule Bremerhaven) endlich einen Anlaufpunkt für
475 ihre politischen Belange. Auch könnten dadurch Schwächeperioden in Zeiten
476 personeller Knappheit (bspw. bei kollektiven Auslandssemestern oder in den
477 Semesterferien) ausgeglichen werden, wodurch ein wichtiger Beitrag zum
478 Fortbestehen des hochschulpolitischen Diskurses geschaffen werden kann.
479 Nicht zuletzt trägt es dazu bei, Wissenshierarchien innerhalb der hochschul-
480 politisch aktiven und interessierten Jusos in Bremen abzubauen.

481

482 Bildungsarbeit

483

484 Politische Partizipation ist nur durch politische Bildung zu erreichen! Für
485 unsere Mitglieder wollen wir eine innerverbandliche Weiterbildungsstruktur
486 aufbauen. Einmal im Jahr wird ein Verbandswochenende stattfinden, an dem
487 wir uns mit einem aktuellen Thema intensiv auseinandersetzen wollen. Die-
488 ses Wochenende dient aber auch dazu, sich persönlich besser kennenzuler-
489 nen, Verbindungen zu knüpfen und Projekte anzustoßen. Es ist besonders für
490 Neumitglieder gedacht, um sich intensiv mit den theoretischen Grundlagen
491 der Juso-Arbeit auseinanderzusetzen.

492 Außerdem wollen wir verschiedene Themenseminare im Jahr anbieten, an
493 denen fundiertes Wissen weitergegeben wird und Positionen erarbeitet
494 werden. Diese Seminare können auch mit anderen Juso-Verbänden organi-
495 siert werden. Für realisierbar halten wir zwei Themenseminare pro Jahr.

496

497 Arbeit im Bundesverband

498

499 Wir Jusos Bremen haben in den letzten Jahren erfolgreiche Arbeit auf Bun-
500 desebene geleistet. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Ein integraler Be-
501 standteil dafür ist die Arbeit der VertreterInnen in den Projektgruppen,
502 Netzwerkstellen, Bundeskommissionen und im Bundesausschuss. Die Vertre-
503 terInnen sollen sowohl die Arbeit und Diskussionen aus den Gremien in die
504 Landesorganisation tragen als auch die hier erzielten Ergebnisse in den Ver-
505 band zurückgeben. Um eine enge Zusammenarbeit zu gewährleisten, werden
506 die VertreterInnen aus den Projektgruppen in den Landesvorstand kooptiert.

507 Auch die Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden soll fortgeführt
508 werden, um gemeinsame Kompetenzen zu nutzen und zu stärken. Hierzu
509 sollen beispielsweise gemeinsame Aktionen und Seminare stattfinden. Konk-
510 ret soll dazu noch in diesem Jahr ein Seminar zusammen mit den Jusos
511 Braunschweig geplant werden.

512

513 Arbeitsweise

514

515 Um diesem Programm und seinem Anspruch, dass Jusos als Triebkraft für
516 echte Teilhabe und Demokratie in Bremen und Bremerhaven wirken, gerecht
517 zu werden, bedarf es einer effektiven verbandsinternen Organisation. Dazu
518 werden wir vorhandene Kräfte umfassend einbinden, eine regelmäßige und
519 verantwortungsteilige Arbeitsstruktur schaffen und eine von Offenheit ge-
520 prägte Diskussionskultur etablieren.

521 Zu diesen Zwecken wird der Landesvorstand grundsätzlich verbandsöffent-
522 lich tagen und die Mitarbeit von Nicht-Vorstandsmitgliedern zum selbstver-
523 ständlichen Bestandteil seiner Struktur machen. Als zentrales Forum für alle
524 Jusos im Land Bremen sollen die Sitzungen die Einbeziehung aller drei Un-
525 terbezirke in die politische Arbeit verbessern, Synergieeffekte nutzen und
526 mehr gemeinsames Handeln ohne weiteren Koordinierungsaufwand möglich
527 machen. Die Einbindung aller Engagierten kann so nicht nur mehr Miteinan-
528 der, sondern auch eine größere Anzahl gut eingebundener Aktiver und somit
529 mehr Schlagkraft beschieren. Unterbezirke und Landesorganisation sollen so
530 beide entlastet und den UBs wieder mehr Raum für die für unseren Verband
531 entscheidenden Aufgaben wie Meinungsbildung, (Neu-)Mitgliederbetreuung
532 und kontinuierliche politische Bildung geschaffen werden. Der Einbindung
533 aller Unterbezirke dient auch eine unter Berücksichtigung von Funktionalität
534 und Mitgliederstärke ausgestaltete Rotation von Veranstaltungen der Lan-
535 desorganisation, insbesondere der Landesmitgliederversammlungen, nach
536 Unterbezirken.

537 Diese Ziele können aber nicht ohne weitere Anstrengungen erreicht werden.
538 Um verlässliche, kontinuierliche Arbeit gewährleisten und deren Ergebnisse
539 stets kollektiv diskutieren und entscheiden zu können, muss der Landesvor-
540 stand deutlich häufiger tagen als bisher. Damit klare Verantwortlichkeiten
541 und möglichst breite Einbindung in Einklang gebracht werden können, wer-
542 den für die einzelnen Aufgaben dieses Arbeitsprogramms jeweils Verantwort-
543 liche (in der Regel eine Person) benannt. Diese sind für die eigenständige
544 Koordinierung der Arbeit mit den ggf. weiteren Mitarbeitenden sowie die
545 Berichterstattung und Vorlage zur Diskussion und Beschlussfassung beim Lan-
546 desvorstand zuständig. Damit diese Diskussionen konstruktiv und ergebnis-
547 orientiert geführt werden, wollen wir über entsprechende Regeln für unsere
548 Gesprächskultur diskutieren und entscheiden.

549 Diese Maßnahmen sollen mit dazu beitragen, dass die inhaltliche Ausstrah-
550 lung der Jusos in Bremen und Bremerhaven wieder zunimmt und sich noch
551 mehr Menschen als bisher mit uns für unsere Vision eines demokratischen
552 Sozialismus engagieren.

1 Sozialdemokratische Kinderbetreuungspolitik für Bremen

2
3 Auch in Zeiten finanzieller Anspannung muss für SozialdemokratInnen eines
4 feststehen: An Bildung darf nicht gespart werden! In Bremen bedarf es aber
5 nicht nur höherer Finanzmittel, gerade im Bereich der frühkindlichen Bil-
6 dung bedarf es auch neuer Ideen. Wir Jusos erkennen in der Kinderbetreu-
7 ungspolitik ein zentrales Politikfeld zur Verwirklichung von Chancengleich-
8 heit und sozialer Gerechtigkeit. Gute Kinderbetreuungspolitik leistet in
9 unseren Augen einen Beitrag für gute Bildung von Anfang an, für das ge-
10 meinsames Leben und Lernen in sozialen Städten, aber auch für arbeit-
11 nehmerfreundliche Arbeitsbedingungen und für die Selbstverwirklichung
12 junger Eltern.

13 14 **Weil Lernen schon vor dem Schulstart beginnt!**

15
16 In den ersten Lebensjahren werden Sprachkenntnisse, Motorik und soziale
17 Interaktion als wesentliche Fähig- und Fertigkeiten für das spätere Lernen
18 und für ein selbstbestimmtes Leben insgesamt erworben. Daher nimmt
19 frühkindliche Bildung für uns Jusos einen zentralen Stellenwert ein: Sie
20 erfüllt eine Schlüsselfunktion für die Gewährleistung echter Chancen-
21 gleichheit und gelungener Integration. Diese Ziele kann Kinderbetreuungs-
22 politik aber nur dann erreichen, wenn Kinder aus bildungsfernen Schichten
23 sowie aus Familien mit einem sogenannten Migrationshintergrund in beson-
24 ders starkem Maße Adressaten unserer Politik sind.

25 26 **Weil auch Frauen finanziell unabhängig sein möchten!**

27
28 Ein auf frühkindliche Bildung ausgerichtetes Kinderbetreuungsangebot ist
29 auch für Eltern bedeutsam. Denn nur wenn die Kinder betreut werden,
30 können die Eltern auf dem Arbeitsmarkt aktiv werden, finanzielle Unab-
31 hängigkeit von staatlichen Transferleistungen gewinnen und Selbstwertge-
32 fühl aufbauen. Finanzielle Unabhängigkeit gewinnt man jedoch in der Regel
33 nicht über die Ausübung einer auf Teilzeit ausgelegten Stelle. Dies ist nicht
34 zuletzt gleichstellungspolitisch von besonderer Bedeutung, denn noch im-
35 mer sind es überwiegend Frauen, die unbezahlte Erziehungsleistungen
36 übernehmen und so besonders häufig von prekären Beschäftigungsverhält-
37 nissen und Altersarmut betroffen sind. Gerade auch für Alleinerziehende
38 muss die Ausübung einer Vollzeittätigkeit ermöglicht werden. Vor diesem
39 Hintergrund erkennen wir als Jusos die Notwendigkeit einer Ganztagsbe-
40 treuung an.

41 42 **Weil anspruchsvolle Arbeit fair entlohnt werden muss!**

43
44 Frühkindliche Bildung ist auf qualifiziertes und engagiertes Betreuungspersonal
45 angewiesen. Dazu gehört auch, dass Kinder in Tageseinrichtungen von
46 Männern wie von Frauen betreut werden. Der Anteil von männlichen Be-
47 treuungspersonen in den Einrichtungen ist deutlich zu erhöhen. Um dieses
48 Personal zu gewinnen, müssen attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen
49 werden, die sowohl die Motivation als auch (Weiter-)Qualifizierung der Ar-

50 beitnehmer befördern. Nur so kann gute Betreuung für alle Kinder stattfin-
51 den und dem Anspruch "Gute Arbeit" zu tatsächlicher Geltung verholfen
52 werden.

53

54

55 Was Bremen noch tun muss

56

57 Der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Schwerpunkt der Arbeit des rot-
58 grünen Senats. Trotz der prekären Haushaltslage wurden nennenswerte
59 Schwerpunktmittel für den Bereich bereit gestellt und damit ein politisches
60 Signal gesetzt. Aber das reicht uns Jusos nicht. Um die Potentiale, die gute
61 frühkindliche Bildung für die Menschen in unseren Städten bietet, voll aus-
62 zuschöpfen, muss Bremen konsequent sozialen Zusammenhalt und Chan-
63 cengleichheit in den Vordergrund rücken.

64

65 • **Konsequent nach Sozialkriterien ausbauen**

66

67 Kinderbetreuungs politik ist zugleich Bildungs-, Sozial- und Integrationspoli-
68 tik. Damit Bildungserfolge erzielt werden können sowie sozialer Aufstieg
69 und Integration gelingen kann, muss mittelfristig allen Kindern in allen
70 Stadtteilen eine ganztägige Betreuung zur Verfügung stehen. Der Ausbau
71 der Kinderbetreuung muss dabei nach sozialpolitischen Notwendigkeiten
72 erfolgen, also zunächst in jenen Stadtteilen, in denen der soziale Zusam-
73 menhalt am stärksten gefährdet ist. In der Stadtgemeinde Bremen erfolgt
74 die derzeitige Steuerung jedoch über Sozialindikatoren, die einerseits auf
75 veralteten Daten beruhen und andererseits nur auf die grobe Stadtteilebe-
76 ne bezogen sind. Diese Steuerung muss überarbeitet und der Ausbau konse-
77 quent anhand der sozialen Bedarfslage forciert werden!

78

79 • **Potentiale der öffentlichen Hand nutzen**

80

81 Kinderbetreuung ist vor allem in sozialen Brennpunkten überaus anspruchs-
82 voll. Städtische Träger übernehmen in diesen Stadtteilen besonders viel
83 Verantwortung. Denn gemäß dem sogenannten 'Subsidiaritätsprinzip' des
84 Bundesgesetzgebers springen sie nur dort ein, wo kein anderer Träger Inte-
85 resse zeigt. Diese Ausrichtung der Kinderbetreuungs politik ist nicht sinn-
86 voll. Über eine Stärkung der stadteigenen Trägerschaft hingegen können
87 die Städte schneller und leichter Einfluss nehmen auf die Qualifizierungs-
88 standards und nicht zuletzt auf die Arbeitsbedingungen der ErzieherInnen.
89 Die städtischen Träger können so nicht nur ihr besonderes Engagement in
90 sozialen Brennpunkten gestärkt wahrnehmen - qualitativ hochwertige öf-
91 fentliche Kinderbetreuung kommt Eltern und Kindern in allen Stadtteilen
92 entgegen.

93

94 • **Weichen für gemeinsames Lernen stellen**

95

96 Chancengleichheit kann frühkindliche Bildung nur dann erzielen, wenn in
97 den KiTas, Krippen und sonstigen Betreuungseinrichtungen Kinder aus allen
98 sozialen Schichten und mit unterschiedlichen Bildungshintergründen zu-
99 sammenkommen. Nur mit dem notwendigen Maß an sozialer Durchmischung
100 kann das Erleben von Heterogenität, das Lernen von- und miteinander und

101 der Erwerb von sozialen Kompetenzen erfolgreich stattfinden. In der
102 Schulbildung ist dies schon seit Jahrzehnten anerkannt. In der frühkindli-
103 chen Bildung hingegen ist es nach wie vor Prinzip, die Kinderbetreuung
104 etwa nach Religion oder Weltanschauung aufzutrennen - ein Prinzip, das
105 noch aus Bismarcks Zeiten stammt und vor dem Hintergrund eingerichtet
106 wurde, Kinder in den Einrichtungen lediglich aufzubewahren. Den heutigen
107 Bedürfnissen von Städten mit hohem sozial- und integrationspolitischen
108 Handlungsbedarf kann das nicht mehr gerecht werden. Längst hängen in
109 Deutschland etwa religiöse Orientierung und Migrations- und sozialer Hin-
110 tergrund eng zusammen. Daher bedarf es einer weit stärkeren Versorgung
111 mit weltanschaulich neutralen Trägern, damit nicht Kinder, gerade musli-
112 mischer Religionszugehörigkeit, ausgegrenzt und im sozialen Umfeld iso-
113 liert werden.

114

115 • **Kinder erwerbstätiger und erwerbsloser Eltern gleich behandeln**

116

117 In Bremen wird zwischen Kindern von Erwerbstätigen und Erwerbslosen
118 unterschieden. Diese Praxis ist bildungspolitisch nicht zu begreifen und
119 pädagogisch unsinnig. Während niemand auf die Idee kommt, Kinder von
120 erwerbslosen Eltern weniger Schulstunden zuzugestehen, wird die Betreu-
121 ungszeit entsprechender Kleinkinder in Bremer KiTas, Krippen und sonsti-
122 gen Kleinkindgruppen rigoros auf 25 Stunden gekürzt. Durch diese Praxis
123 wird nachweislich kein einziger zusätzlicher Betreuungsplatz geschaffen
124 und die Einspareffekte sind angesichts der massiven Ungleichbehandlung
125 vernachlässigbar.

126

127

128 • **Kostenfreie Bildung von Anfang an**

129

130 Langfristig sollte für SozialdemokratInnen die Abschaffung aller Kinderbe-
131 treuungsgebühren unbedingtes Ziel sein, denn auch frühkindliche Bildung
132 sollte wie Schul- und Hochschulbildung kostenfrei und zugänglich für Alle
133 sein. Mittelfristig kann dabei die Streichung der ohnehin niedrigen Gebüh-
134 ren für erwerbslose Eltern einen spürbaren Beitrag zu einer gerechteren
135 Kinderbetreuungsfinanzierung leisten. Entsprechende Eltern wird es
136 dadurch erleichtert, ihre Kinder in frühkindliche Bildungseinrichtungen zu
137 geben, da ihr ohnehin geringes Haushaltsbudget nicht zusätzlich belastet
138 wird. Eine weitere Anhebung der Kinderbetreuungsgebühren - wie unlängst
139 im Zuge des KiTa-Konzepts angekündigt - ist vor diesem Hintergrund für uns
140 Jusos nicht zielführend.

141

142 • **Mehr Fairness und soziale Gerechtigkeit in der Tagespflege**

143

144 Solange nicht jedes Kind in Bremen seinen Anspruch auf einen öffentlichen
145 Betreuungsplatz durchsetzen kann, ist man auch auf das Engagement von
146 Tagesmüttern und -vätern dringend angewiesen. Das System Tagespflege,
147 wie es sich in Bremen etabliert hat, kann jedoch aus sozialdemokratischer
148 Sicht nicht länger hinnehmbar sein. Zum einen, da sich der Verdienst einer
149 Tagesmutter bzw. -vaters, und nur unter bestimmten Voraussetzungen, auf
150 maximal 9 Euro / Stunde beläuft, wobei Zeiten, in denen beispielsweise
151 Essen und Bastelutensilien vorbereitet oder die Betreuungsräume gesäubert

152 werden, nicht abrechenbar sind. Gut leben kann man von diesem Geld
153 nicht. Dies ist für uns Jusos, die wir andernorts für einen gesetzlichen Min-
154 destlohn streiten, nicht hinnehmbar. Verständlich aus Sicht der Tagesmüt-
155 ter und -väter erscheint uns daher, wenn diese neben ihrem von der Stadt
156 Bremen festgesetzten Verdienst pro Kind und Betreuungszeit, einen Son-
157 derbeitrag von den Eltern einfordern. Dieser Sonderbeitrag kann gut und
158 gerne mehr als 100 Euro im Monat ausmachen und hindert daher vor allem
159 jene Eltern ihre Kinder in Betreuung zu geben, die es häufig am dringends-
160 ten benötigen. Das System Tagespflege alimentiert demnach die sozial bes-
161 ser gestellten - dies sollte sich aus jungsozialistischer Sicht zügigst ändern.

162

163 • Mehr Personal in die öffentliche Verwaltung

164

165 Seit Jahren schrumpft die Belegschaft in der öffentlichen Verwaltung der
166 Hansestadt und das obwohl die anfallende Arbeit nicht im gleichen Maße
167 abnimmt. Überbelastung und Erschöpfung der MitarbeiterInnen sind die
168 Konsequenzen. Aber auch Eltern und das Tagespflegepersonal leiden unter
169 dem Personalabbau, da wichtige Anträge nicht zeitnah bearbeitet werden
170 können. Ungewissheit über den zu zahlenden Betreuungssatz und die Angst
171 auf den Kosten letzten Endes sitzen zu bleiben, sind die Folge für die El-
172 tern; die Verzögerungen der Lohnauszahlung die Konsequenz für die Be-
173 treuerInnen. Weder die Situation der VerwaltungsmitarbeiterInnen noch die
174 der Eltern und Betreuungskräfte ist für uns JungsozialistInnen hinnehmbar.

175

176 • Einnahmesituation verbessern

177

178 Kinderbetreuung kostet Geld, das wissen auch wir Jusos. Um möglichst
179 schnell Fortschritte zu erzielen, muss notwendigerweise die Einnahmesitu-
180 ation der Kommunen, der Länder und des Bunds verbessert werden. Die
181 kann geschehen, wenn der Bund die bisher für die Einkommensstaffelung
182 beim Elterngeld und zukünftig nach dem Willen von Schwarz-Gelb auch
183 noch für ein Betreuungsgeld aufgewendeten Mittel für den Ausbau der Kin-
184 derbetreuung umwandelt. Weil Kinderbetreuung Erwerbsarbeit der Eltern
185 und somit Lohnsteuerzahlung ermöglicht, werden außerdem zusätzliche
186 Einnahmen generiert. Gleichzeitig muss auch Bremen seine Einnahmemög-
187 lichkeiten konsequent ausschöpfen, etwa durch eine Anhebung des Hebe-
188 satzes der Gewerbesteuer.

189

190

191 Die Thesen und Forderungen der Jusos:

192

193 1. Kinderbetreuung in KiTas, Krippen und sonstigen Betreuungseinrichtun-
194 gen ist nicht nur Betreuung von Kindern während der Arbeitszeit ihrer El-
195 tern, sondern frühkindliche Bildung. Sie bietet enorme Potentiale für die
196 Verwirklichung des Leitziels sozialer Städte.

197

198 2. Der gegenwärtige Ausbau der Kindertagesbetreuung muss konsequent
199 unter dem Gesichtspunkt der Herstellung von Chancengleichheit gesehen
200 werden. Er muss stets zuerst dort erfolgen, wo der frühkindliche Bildungs-
201 bedarf am höchsten ist. Eine Steuerung entlang aktueller Sozialindikatoren
202 auf Ortsteilebene erkennen wir dabei als notwendig.

203

204 3. KiTas in sozialen Brennpunkten brauchen politische Rückendeckung. KiTa
205 Bremen übernimmt in der Stadtgemeinde Bremen in diesen Stadtteilen be-
206 sondern viel Verantwortung - ihn zu besonderen Sparrunden heranzuziehen,
207 ist Kürzen in den sozial schwächsten Gebieten. Damit muss Schluss sein!

208

209 4. Ein demokratisch verantworteter Träger in öffentlicher Hand bietet die
210 Möglichkeit, besonders gut auf eine hohe Betreuungsqualität und gute Ar-
211beitsbedingungen einwirken zu können. Der Senat muss dieses Potential
212 erkennen und nutzen.

213

214 5. Chancengleichheit bedingt, dass in den KiTas, Krippen und sonstigen
215 Kinderbetreuungseinrichtungen Kinder aus allen sozialen Schichten zusam-
216 menkommen. Die Trägerlandschaft muss diesem Umstand Rechnung tragen:
217 Es bedarf einer ausreichenden Versorgung mit weltanschaulich neutralen
218 Trägern, insbesondere da es in Bremen eine hohe konfessionelle Heteroge-
219 nität gibt. Dabei kann dem öffentlichen Träger eine Schlüsselrolle zukom-
220 men. Damit dieser künftig nicht mehr nur Lücken füllt, sondern zielgerich-
221 tet zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts eingesetzt werden kann, ist
222 das Subsidiaritätsprinzip abzuschaffen.

223

224 6. Die anhaltende Ungleichbehandlung von Kindern erwerbstätiger und er-
225 werbsloser Eltern ist nicht hinnehmbar. Die sofortige Aufhebung der 25-
226 Stunden-Beschränkung ist daher dringend notwendig, damit zukünftig gilt:
227 Gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig vom Beschäftigungssta-
228 tus der Eltern.

229

230 7. Wenn nicht anders von den Eltern gewünscht, sollte eine Ganztagsbe-
231 treuung (40 h/Woche) das Ziel aller Anstrengungen sein.

232

233 8. Langfristig müssen SozialdemokratInnen auf kostenfreie KiTa- und Krip-
234 penplätze in ausreichender Menge hinarbeiten. Auf dem Weg dorthin trägt
235 mittelfristig die Gebührenbefreiung von erwerbslosen Eltern zu einer ge-
236 rechteren Kinderbetreuungsfinanzierung bei. Weitere Steigerungen der
237 Kinderbetreuungsgebühren sind nicht zielführend.

238

239 9. Die Tagespflege in Bremen muss neu strukturiert werden. Es gilt zu ver-
240 hindern, dass das Tagespflegepersonal finanziell ausgebeutet und Kinder
241 sozial besser Gestellter privilegiert werden.

242

243 10. Der Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung muss beendet wer-
244 den.

245

246 11. Mehr Mittel für die Kinderbetreuung schaffen: Gewerbesteuer in Bre-
247 men anheben sowie Betreuungsgeld und Einkommensstaffelung beim El-
248 terngeld umleiten in die Verbesserung der Infrastruktur der Kinderbetreu-
249 ung.

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 **Rechtsradikalismus konsequent bekämpfen - nein zur**
4 **selektiven Parteienfinanzierung**

5

6 Im Zuge der aktuellen Diskussion um eine Wiederaufnahme des NPD-
7 Verbotsverfahrens wird aus den Reihen der Unionsparteien der alte Vor-
8 schlag laut, anstelle eines NPD-Verbots durch eine Grundgesetzänderung
9 die Parteienfinanzierung für „Parteien mit verfassungsfeindlichen Bestre-
10 bungen“ zu verhindern.

11

12 Ein solcher Stopp der staatlichen Parteienfinanzierung für einzelne Partei-
13 en ist wirkungslos und verliert seinen Sinn gegenüber einem Parteiverbot,
14 wenn an ihn dieselben hohen rechtsstaatlichen Hürden gestellt werden wie
15 an ein Parteiverbotsverfahren.

16 Durch eine Abschwächung dieser Hürden und eine Orientierung an bloßen
17 Indizien oder Einschätzungen von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes
18 würde jedoch der willkürlichen Streichung der Finanzierung auch für Par-
19 teien des demokratischen Spektrums Tür und Tor geöffnet. Sie bedeutet
20 den Abschied vom demokratischen Rechtsstaat.

21

22 Wir lehnen eine Grundgesetzänderung, die eine selektive Änderung der
23 Parteienfinanzierung für einzelne Parteien oder eine Einschränkung der
24 Parteienfinanzierung anhand eines vage definierten Extremismus- oder Ver-
25 fassungsfeindlichkeitsbegriffs zum Ziel hat, ab und fordern den Senat auf,
26 einer solchen Änderung im Bundesrat nicht zuzustimmen und sich auf Bun-
27 desebene gegen eine solche Änderung einzusetzen.

28

29 Ziel bleibt es, die NPD und ihre Finanzierung aus Steuergeldern durch ein
30 Parteiverbotsverfahren zu stoppen.

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Parteikonvent möge beschließen:

3

4 **Leistungsschutzrecht verhindern**

5

6 Am 4. März 2012 hat der Koalitionsausschuss der schwarz-gelben Regie-
7 rungskoalition im Bund auf Druck der Lobby der deutschen Printmedien
8 beschlossen, ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage einführen zu wol-
9 len.

10

11 Dabei geht es nicht - wie von den Printverlagen angedeutet - um eine
12 rechtswidrige Übernahme von Presseartikeln. Nennenswerte Probleme mit
13 Raubkopien, wie es sie in der Film- und Musikindustrie gibt, existieren in
14 der Zeitungsbranche nicht. Schließlich werden die von einem Leistungs-
15 schutzrecht betroffenen Artikel ohnehin bereits kostenlos von den Verlagen
16 ins Netz gestellt. Eine komplette oder absatzweise Übernahme von Presse-
17 artikeln ist bereits durch das Urheberrecht verboten. Sie bedürfte also kei-
18 ner weiteren gesetzlichen Regelung.

19

20 Betroffen sein sollen von einem Leistungsschutzrecht vielmehr Anbieter,
21 die in Verbindung mit kurzen Zitaten auf Presseartikel verweisen. Laut
22 Koalitionsbeschluss sollen „Gewerbliche Anbieter im Netz, wie Suchma-
23 schinen und News-Aggregatoren [...] für die Verbreitung von Presseerzeug-
24 nissen“ zur Kasse gebeten werden. Das ist - bildhaft gesprochen - als müss-
25 ten ZeitungsaussträgerInnen die Verlage dafür entschädigen, dass sie ihre
26 Zeitung austragen dürfen.

27

28 Wo die Grenze zwischen gewerblichen Anbietern und privaten Anbietern
29 (für die Zitate frei bleiben sollen) verläuft, wird aus dem Koalitionsbe-
30 schluss nicht klar. Es ist fraglich, ob eine klare Abgrenzung überhaupt mög-
31 lich ist und ein Leistungsschutzrecht nicht auch kleinere Informationsme-
32 dien wie Weblogs treffen wird, deren Zitatrecht dadurch erheblich einge-
33 schränkt würde. Eine derartige Einschränkung der Presse- und Meinungs-
34 freiheit ist nicht hinnehmbar. Ebenso schwer ist es, eine Abgrenzung der
35 Profiteure eines Leistungsschutzrechts, der Anbieter von "Presseerzeugnis-
36 sen", vorzunehmen. Soll aber auch hier jedes kleine Blog einbezogen wer-
37 den, wird der bürokratische Aufwand der einzurichtenden Verwertungsges-
38 sellschaft in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Erlös stehen.

39

40 Als Rettung der Print-Presseverleger aus ihrer wirtschaftlich schwierigen
41 Situation ist ein Leistungsschutz ebenso ungeeignet wie jeder andere Ver-
42 such, die freie Informationsverbreitung im Netz zu unterbinden. Stattdes-
43 sen behindert es private und öffentlich-rechtliche Aktivitäten und ist ein
44 Schritt, der das Internet von einem freien Informations- und Kommunikati-
45 onsmedium in Richtung eines rein kommerziellen Netzes hin verändern
46 wird.

47

48 Wir lehnen deshalb die Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presse-
49 verlage ab.

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Parteikonvent möge beschließen:

3

4 **Für einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk**
5 **– auch im Netz**

6

7 Das Informationsangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender im
8 Netz sieht sich unter ständigem Beschuss durch die Lobby privater Print-
9 und Rundfunkmedien. Entwicklungen wie die jüngst angestrebte Einigung
10 auf einen Verzicht der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender, Textinhalte
11 im Netz anzubieten oder die Begrenzung ihres Mediathek-Angebots auf sie-
12 ben Tage nutzen dabei keiner Seite, schaden aber der Informations- und
13 Meinungsvielfalt. Durch derartige Selbstbeschränkungen der öffentlich-
14 rechtlichen Sender - die selbstverständlich nicht ohne politischen und juris-
15 tischen Druck zustande kommen - schaden die Sender ihrem Ruf in der Be-
16 völkerung und entsprechen nicht ihrem Informations- und Bildungsauftrag
17 für den sie mit Gebühren finanziert werden. Aufgabe der Politik ist es des-
18 halb, auch im Internet einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, in dem die
19 öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihrem grundgesetzlichen Versor-
20 gungsauftrag gerecht werden können, und der sich nicht am Gewinnstreben
21 der privaten Medien sondern an der quantitativen und qualitativen Verbes-
22 serung eines freien Informations-, Kultur- und Bildungsangebots orientiert.
23 Dabei sollen die folgenden Forderungen Berücksichtigung finden:

24

25 ✧ Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen im Internet un-
26 eingeschränkt Nachrichten und Hintergrundinformationen anbieten
27 können, in Form von Audio, Video und ausdrücklich auch in Text-
28 form. Dieses Parallelangebot verschiedener Medien ist auch im
29 Rahmen des barrierefreien Zugangs zu diesen Informationen für
30 Menschen mit Behinderung unverzichtbar.

31

32 ✧ Das öffentlich-rechtliche Informationsangebot muss auch auf mobi-
33 len Geräten auf komfortablem Wege abrufbar sein. Deshalb muss es
34 den Sendern weiterhin möglich sein, Anwendungen („Apps“) für die-
35 se Geräte anzubieten. Diese Angebote sind von den Nutzern, wie
36 die übrigen Online-Inhalte, bereits durch die Rundfunkgebühren fi-
37 nanziert. Es dürfen deshalb keine weiteren Kosten für sie anfallen.

38

39 ✧ Eigenproduktionen der öffentlich-rechtlichen Sendern sowie von
40 ihnen gekaufte Fremdproduktionen sind aus Gebührengeldern finan-
41 ziertes Allgemeingut. Sie müssen dauerhaft frei abrufbar bleiben.
42 Die mit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag beschlossene Be-
43 schränkung des Onlineangebots des öffentlich-rechtlichen Rund-
44 funks ist deshalb zurückzunehmen. Dies gilt insbesondere für die
45 Unzulässigkeit nichtsendungsbezogener Inhalte und die Begrenzung
46 der Abrufbarkeit von Mediathek-Inhalten auf 7 Tage, die sachlich
47 durch nichts begründet ist, da dieses Angebot in keiner direkter
48 Konkurrenzsituation zu privaten Medien steht.

49

50 ✎ Mittelfristig sollen eigenständige öffentlich-rechtliche Produktionen
51 ausschließlich als „Open Content“ veröffentlicht werden. D.h. jeder
52 soll diese Inhalte frei verwenden, weiterverbreiten und öffentlich
53 vorführen dürfen.

54

55 Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Rundfunkurteilen klarge-
56 stellt, dass der Grundversorgungsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen nicht
57 in Abgrenzung zu privaten Anbietern sondern als allumfassender Informa-
58 tions-, Bildungs- und Unterhaltungsauftrag zu verstehen ist. Eine wirt-
59 schaftliche Konkurrenzsituation zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk
60 und privaten Medienanbietern ist deshalb kein Argument gegen ein umfas-
61 sendes öffentlich-rechtliches Angebot.

62

63 Wir fordern die SPD auf Bundesebene auf, sich in sämtlichen Gremien, in
64 denen sie darauf Einfluss nehmen kann, dafür einzusetzen, dass der öffent-
65 lich-rechtliche Rundfunk seinem Programmauftrag auch im Internet gerecht
66 werden kann und auf die Umsetzung der oben genannten Forderungen hin-
67 zuarbeiten.

68

69 Die SPD Bremen soll sich für eine den oben genannten Forderungen ent-
70 sprechende Änderung des Rundfunkstaatsvertrags einsetzen.

1 **Tierverbrauchsfreies Studium**

2

3 Die SPD Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen,
4 dass es für alle Studierenden die Möglichkeit gibt, ihr Studium ohne ei-
5 nen Zwang zu Tierverbrauch jeglicher Art durchzuführen. Darunter fal-
6 len unter anderem Versuche an lebendigen Tieren, sowie Sektionen an
7 toten Tieren.

8

9 Dabei geht es auch, aber nicht vorrangig, um die Rechte der Tiere.
10 Vielmehr geht es darum, Studierenden die Möglichkeit zu geben in ih-
11 rem Studium ihre persönlichen ethischen Überzeugungen wahren zu
12 können. Deswegen gilt es rechtlich zu gewährleisten, dass kein Studie-
13 render der Pflicht unterstellt wird, gegen seine eigenen Überzeugungen
14 handeln zu müssen, nur um sein Studium durchführen und abschließen
15 zu können.

16

17 Um dies zu erreichen muss der rechtliche Rahmen dahingehend geän-
18 dert werden, dass es allen Studierenden diskriminierungsfrei möglich
19 sein muss, ein Studium ohne Tierverbrauch durchführen zu können. Die-
20 sen Rahmen zu schaffen und rechtlich zu verankern, wird die SPD Bür-
21 gerschaftsfraktion hiermit aufgefordert.

- 1 Aus historischer Verantwortung veranstalten die Jusos Bremen zusammen mit
- 2 BündnispartnerInnen (z.B. den HerausgeberInnen der Zeitschrift „Ossietzky“)
- 3 eine Veranstaltungsreihe „Denn der Geist setzt sich doch durch“ zum Geden-
- 4 ken an den letzten Erscheinungstag der Zeitung „Die Weltbühne“ am 07. 03.
- 5 1933. Des Weiteren setzen sich die Jusos Bremen bei der Mutterpartei dafür
- 6 ein, dass das Unrechtsurteil gegen den Pazifisten Carl von Ossietzky aufge-
- 7 hoben wird.
- 8 Der Friedrich-Ebert-Stiftung wird vorgeschlagen, Forschungen zum Thema
- 9 „Die Weltbühne und ihre Wirkung auf die sozialen Bewegungen in Bremen“
- 10 durchzuführen.

1 **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

2

3 Die Jusos Bremen rufen zum Boykott der Verkaufsstellen von faschistoide
4 Zeitung auf. Dabei soll zweigleisig vorgegangen werden: Jeder Juso-
5 Unterbezirk sucht in seinem zuständigen Gebiet alle Verkaufsstellen auf,
6 um nachzuschauen und zu fragen, ob untengenannte Zeitungen verkauft
7 werden. Falls vorhanden, informiert man über diese Zeitungen/
8 Zeitungen/Zeitschriften und ihren menschenverachtenden und antiaufklärerischen
9 Inhalt und fordert auf, diese aus dem Verkauf zu nehmen und bietet als
10 wirkliche alternative eine antifaschistische Zeitung für den Verkauf an.
11 Dies kann in Kooperation mit anderen Jugendverbänden geschehen.
12 Federführend sorgt der AK gegen Rechts, der noch zu gründen ist, für den
13 Informationsaustausch zwischen den Unterbezirken und anderen Jugend-
14 verbänden und schreibt Ketten wie zum Beispiel Tankstellen, K-Pressen und
15 Stilke Aktuell an und fordert, entsprechende Zeitungen/Zeitschriften aus
16 den Lieferlisten/Verkauf zu nehmen. Als Druckmittel dienen öffentlich-
17 keitswirksame Aktionen. Des Weiteren stellt der AK gegen Rechts eine Posi-
18 tivliste von Läden auf, die *keine* rechten Blätter verkaufen.
19 Gleichzeitig machen es sich die Juso-Unterbezirke und der AK gegen Rechts
20 zu Aufgabe, eine Liste von faschistoiden Zeitschriften zu erstellen und zu
21 verbreiten. Damit gleich morgen der Boykott starten kann, sind hier bereits
22 einige einschlägig bekannte Zeitungen und Zeitungen genannt:

23

- 24 Deutsche Nationalzeitung
- 25 Junge Freiheit
- 26 Zuerst
- 27 Preußische Allgemeine Zeitung
- 28 Der Schlesier